

DOMANDE SELEZIONE PUBBLICA PER L'ASSUNZIONE A TEMPO INDETERMINATO DI 30 UNITÀ PER L'AREA FUNZIONARI, DESTINATE AGLI UFFICI DELL'AGENZIA DELLE ENTRATE SITUATI IN PROVINCIA DI BOLZANO - PROVA SCRITTA - BUSTA 5

1) Welche der folgenden Aussagen ist falsch?

- A Nicht ansässige Personen sind nur mit den im Staatsgebiet erzielten Einkünften steuerpflichtig
- B Der Begriff der Ansässigkeit deckt sich vollständig mit dem des Steuerdomizils
- C Die Ansässigkeit ist ausschlaggebend für die Ermittlung der der Steuer auf das Einkommen der natürlichen Personen (IRPEF) zu unterstellenden Einkünfte, während die Staatsangehörigkeit nicht relevant ist

2) Das "Bürger Einkommen (reddito di cittadinanza)" ist:

- A Ein Einkommen das zu den üblichen Sätzen besteuert wird
- B Ein Einkommen, das einer gesonderten Besteuerung unterliegt
- C Ein von der Steuer befreites Einkommen

3) Das Gesamteinkommen der Steuer auf das Einkommen der natürlichen Personen (IRPEF). Welche der folgenden Aussagen ist falsch?

- A Das Gesamteinkommen ergibt sich aus der algebraischen Summe der steuerpflichtigen Nettoeinkünfte der einzelnen Einkunftsarten, die nach ihren eigenen Regeln berechnet werden
- B Das Gesamteinkommen darf niemals negativ sein
- C Einkünfte, für die eventuell auf eine gesonderte Besteuerung verzichtet wurde, werden zur Berechnung des Gesamteinkommens hinzugezogen

4) Allgemeine Merkmale der Absetzbeträge. Welche der folgenden Aussagen ist falsch?

- A Absetzbeträge sind personenbezogen und dürfen im Allgemeinen nur von dem Steuerpflichtigen genutzt werden, dem sie zustehen
- B Die Absetzbeträge verringern den Betrag der zu zahlenden Steuer
- C Bei Absetzbeträge, die die Bruttosteuer übersteigen, kann der Überschuss normalerweise auf den folgenden Besteuerungszeitraum übertragen werden und geht nicht verloren

5) Für Einkünfte, die einer getrennten Besteuerung unterliegen, ist folgende Aussage richtig:

- A Es handelt sich um wiederkehrende oder regelmäßige Einkünfte
- B Sie stellen insofern eine eigene Einkunftsart dar, als es sich nicht um Sonderfälle handelt, die unter verschiedene Einkunftsarten fallen
- C In einigen Fällen kann sich der Steuerpflichtige für die ordentliche Besteuerung entscheiden

6) Die Pauschalregelung ist die natürliche Regelung, die eine vereinfachte Einkommensermittlung und Besteuerung für kleine Unternehmen vorsieht. Welche der folgenden Aussagen ist falsch?

- A Die Teilnahme an der Pauschalregelung bringt auch Vereinfachungen bei der Mehrwertsteuer und eine Befreiung von der IRAP mit sich
- B Natürliche Personen, die bereits von besonderen Mehrwertsteuerregelungen oder pauschalen Einkommensermittlungssystemen Gebrauch machen, können die Pauschalregelung in Anspruch nehmen
- C Bei Personen, die der Pauschalregelung unterliegen, wird auf das zu versteuernde Einkommen eine einzige Steuer in Höhe von 15 % anstelle der normalen Steuern erhoben

7) Die Ertragsart, die dem Inhaber eines dinglichen Nutzungsrechts an einem Grundstück zugerechnet wird, ist:

- A Erträge aus Grundbesitz
- B Einkünfte aus Landwirtschaft
- C Mieteinnahmen

-
- 8) Welche Ausgaben gehören nicht zu den Ausgaben, die gemäß Artikel 15 des Einheitstextes der Steuern auf das Einkommen (T.U.I.R.) anteilmäßig von der Bruttosteuer auf das Einkommen der natürlichen Personen (IRPEF) abgesetzt werden können?
- A Sozialversicherungsbeiträge für Angestellte für Haus- und Familiendienste
 - B Kosten für die Vermittlung von Immobilien bis zu einem Betrag von 1.000,00 €
 - C Tierarztkosten
-
- 9) Es handelt sich um eine Sonderregelung, die vorsieht, dass der Erwerber/Auftraggeber die Mehrwertsteuer schuldet und nicht, wie normalerweise üblich, der Veräußerer/ Leistungserbringer
- A Die vorteilhafte Steuerregelung
 - B Spaltung der Zahlung (split payment)
 - C Die MwSt.-Marge
-
- 10) Einem Steuerpflichtigen wird ein Feststellungsbescheid zugestellt. Um diesen Bescheid anzunehmen und gleichzeitig eine Reduzierung der Strafen zu erreichen, kann er:
- A den Feststellungsbescheid nicht anfechten und die Steuerzahlkarte abwarten
 - B beim Steuerrichter eine Reduzierung der Geldstrafen beantragen
 - C die in höherem Ausmaße festgestellten Steuern, die entsprechenden Zinsen und die auf ein Drittel reduzierten Strafen zahlen
-
- 11) Um mit den Ämtern der Agentur der Einnahmen über eine erhaltene Mitteilung zu in seiner abgegebenen Steuererklärung enthaltenen Unregelmäßigkeiten (comunicazione di irregolarità) in Verbindung zu treten, kann der Steuerpflichtige
- A den Dienst PagoPA in Anspruch nehmen
 - B selbst den "CIVIS"-Dienst in Anspruch nehmen, indem er sich über die Web-seite der Agentur der Einnahmen - reservierter Bereich (area riservata) einloggt
 - C den Dienst CAF in Anspruch nehmen
-
- 12) Für welche der folgenden Waren/Dienstleistungen gilt der Mehrwertsteuersatz von 4 %:
- A Getränke
 - B Zeitungen und Tageszeitungen
 - C Luxuswaren
-
- 13) Sie zählen zu den sonstigen Einkünften (Artikel 67 des Dekretes des Präsidenten der Republik 917/86)?
- A Einkünfte aus der Tierzucht
 - B Einkünfte aus gelegentlicher, nicht nachhaltig ausgeübter gewerblichen Tätigkeit
 - C Einkünfte der Offenen Handelsgesellschaften
-
- 14) Die Irap-Erklärung dient der Erklärung der regionalen Wertschöpfungssteuer , die durch das Gesetzesdekret 446/1997 geregelt ist. Welche der folgenden Aussagen ist falsch?
- A Die von Gesellschaften und Körperschaften, einschließlich staatlicher Organe und Verwaltungen, ausgeübte Tätigkeit ist in jedem Fall steuerpflichtig
 - B Die Steuer unterliegt der regelmäßigen Ausübung von selbständig organisierten Tätigkeiten auf dem Gebiet der Regionen, die auf die Herstellung oder den Austausch von Gütern oder die Erbringung von Dienstleistungen gerichtet sind
 - C Die im Ausland erzielten Einkünfte sind der regionalen Wertschöpfungssteuer (IRAP) zu unterwerfen
-
- 15) Wenn der Steuerpflichtige einen Mietvertrag über eine im Staatsgebiet gelegene Immobilie registriert, muss er eine Steuer entrichten, die
- A Sie ist befreit für Mietverträge mit einer Jahresmiete von bis zu 1.000 €
 - B nicht unter dem Mindestbetrag von 67,00 € liegen darf
 - C Sie ist befreit für Personen mit einem ISEE (Indikator der Einkommens - und Vermögenslage) von weniger als 10.000 €

-
- 16) Einem Steuerpflichtigen, der einen Steuerbescheid erhält, steht eine Reihe von gesetzlich vorgesehenen Instrumenten zur Verfügung, um einen Rechtsstreit mit der Steuerbehörde oder die Zwangseintreibung von Steuern zu vermeiden. Welche der folgenden Aussagen ist richtig?
- A Die Feststellung mit Zustimmung ist für Kapitalgesellschaften ausgeschlossen
 - B Die Beschwerde/Mediation ist ab dem 4. Januar 2024 abgeschafft worden
 - C Der Selbstschutz suspendiert die Frist für die Einlegung eines Rechtsmittels bei der Steuergerichtsbarkeit
-
- 17) Fehler, Versäumnisse und unzureichende Zahlungen können dadurch bereinigt werden, dass die begangene Zuwiderhandlung spontan beseitigt wird (falls erforderlich, z. B. bei deklaratorischen Zuwiderhandlungen) und die geschuldete Steuer, die Zinsen und die ermäßigte Strafe gezahlt werden. Die ermäßigte Strafe beträgt:
- A 1/8 des Mindestbetrags, wenn die Berichtigung von Fehlern und Versäumnissen, auch wenn sie die Festsetzung oder Zahlung der Steuer betreffen, innerhalb der folgenden 90 Tage erfolgt
 - B 1/9 des Mindestbetrags bei Nichtzahlung der Steuer oder eines Vorschusses, wenn diese innerhalb von 30 Tagen nach Fälligkeit erfolgt
 - C 1/10 des Mindestbetrages, der für die Nichtabgabe der Erklärung vorgesehen ist, wenn die Erklärung nicht mehr als 90 Tage zu spät abgegeben wird
-
- 18) Nach dem Erlass des Rechtsakts durch die öffentliche Verwaltung kann dieser aufgehoben werden:
- A Ausschließlich von Amts wegen
 - B Ausschließlich auf Antrag des Steuerpflichtigen, der den Antrag an die zuständigen Stellen zu richten hat
 - C entweder von Amts wegen oder auf Antrag des Steuerpflichtigen, der sich mit seinem Antrag an die zuständigen Stellen wenden muss
-
- 19) Von der Steuergerichtsbarkeit ausgenommen sind Streitigkeiten über:
- A Verwaltungsstrafen, wie auch immer von Finanzämtern verhängt, Zinsen und jedes sonstige Zubehör
 - B Steuerzuschläge und Zusatzsteuern
 - C Steuervollstreckungshandlungen nach Zustellung der Steuerzahlkarte
-
- 20) Alle Miet- und Pachtverträge über unbewegliche Güter, einschließlich derjenigen, die sich auf ländliche Grundstücke beziehen, und derjenigen, die von mehrwertsteuerpflichtigen Personen abgeschlossen werden, müssen vom Mieter (Pächter) oder vom Eigentümer (Vermieter) registriert werden:
- A Nur wenn der Betrag 1.000 € pro Jahr übersteigt
 - B Innerhalb von 20 Tagen nach Abschluss oder Beginn des Vertrags, je nachdem, welcher Zeitpunkt früher liegt
 - C Ausgenommen sind Verträge, die insgesamt 30 Tage im Jahr nicht überschreiten, da es keine Verpflichtung gibt
-
- 21) Mehrwertsteuerpflichtige müssen jährlich eine Mehrwertsteuererklärung abgeben, um den Steuerbehörden Daten über die im Vorjahr getätigten Geschäfte zu übermitteln. Einige Personen können als Alternative zum normalen Modell das vereinfachte Grundmodell (IVA BASE) verwenden, wenn:
- A Sie haben an außergewöhnlichen Operationen oder wesentlichen subjektiven Veränderungen teilgenommen
 - B Sie haben Geschäfte mit dem Ausland getätigt
 - C Sie haben nur gelegentlich Verkäufe von Gebrauchsgütern und/oder Geschäfte getätigt, bei denen die Regelung für verbundene landwirtschaftliche Tätigkeiten gemäß Artikel 34 bis des D.P.R. 633/72 zur Anwendung kam
-
- 22) Sogenannte "direkte" Ausfuhren erfolgen mit der Lieferung von Gütern, die nach der Übertragung des Eigentumsrechts oder eines anderen dinglichen Nutzungsrechts aus dem EU-Gebiet befördert oder versandt werden, und zwar durch den italienischen Lieferanten oder auf dessen Namen. Die Ausfuhren:
- A von Gütern werden nicht in den Umsatz einbezogen, da sie nicht allen im Mehrwertsteuergesetz vorgesehenen Verpflichtungen in Bezug auf Rechnungsstellung, Registrierung und Erklärung unterliegen
 - B der Güter sind für den italienischen Lieferanten steuerpflichtige Lieferungen, d.h. sie unterliegen der italienischen Mehrwertsteuer
 - C können auch über die Kommissionäre des Lieferers abgewickelt werden; in diesem Fall gilt die Lieferung an den Kommissionär ebenfalls als nichtsteuerbare Ausfuhr

-
- 23) Die Regionalsteuer auf produktive Tätigkeiten (IRAP) wird auf produktive Tätigkeiten im Gebiet jeder Region erhoben. Ab 2022 gilt sie für welche der folgenden Personen (natürliche und juristische)?
- A Hausierer
 - B Nicht-kommerzielle, öffentliche und private Einrichtungen und öffentliche Verwaltungen
 - C Wirtschaftliche Vereinigungen von europäischem Interesse (GEIE)
-
- 24) Art. 1174 des Zivilgesetzbuches sieht vor, dass die Leistung, die den Gegenstand der Verpflichtung bildet:
- A Sie muss wirtschaftlich bewertbar sein und einem Interesse des Gläubigers entsprechen, auch wenn es sich nicht um ein vermögensrechtliches Interesse handelt
 - B Er kann auch nicht wirtschaftlich bewertbar sein und nicht einem ausschließlich vermögensrechtlichen Interesse des Gläubigers entsprechen
 - C Er muss wirtschaftlich bewertbar sein und notwendigerweise einem Vermögensrechtlichem Interesse des Gläubigers entsprechen
-
- 25) Art. 1182 des Zivilgesetzbuches sieht vor, dass eine Verpflichtung, die sich auf eine Geldsumme bezieht, erfüllt werden muss, wenn der Erfüllungsort weder durch Vereinbarung oder Gewohnheit bestimmt ist noch aus der Art der Leistung oder anderen Umständen hervorgeht:
- A Am Wohnsitz des Gläubigers zum Zeitpunkt der Fälligkeit
 - B An dem Wohnsitz, den der Gläubiger zum Zeitpunkt der Entstehung der Verpflichtung hatte
 - C An dem Wohnsitz, den der Schuldner zum Zeitpunkt der Fälligkeit hat
-
- 26) Nach Artikel 1193 des Zivilgesetzbuches, wenn der Schuldner, mehrere gleichartige Schulden bei derselben Person hat und bei der Zahlung nicht angibt, welche Schuld er zu erfüllen beabsichtigt:
- A Sie muss anteilig auf die verschiedenen Schulden angerechnet werden
 - B Sie muss auf die Schuld angerechnet werden, die für den Schuldner die am beschwerlichsten ist
 - C Sie muss auf die fällige Schuld angerechnet werden
-
- 27) Gelten die Bestimmungen über den Verzug des Schuldners auch für Unterlassungsverpflichtungen?
- A Ja, in jedem Fall
 - B Nein, sie ist durch Artikel 1222 des Zivilgesetzbuches ausdrücklich ausgeschlossen
 - C Ja, es sei denn, aus dem Titel geht ein gegenteiliger Wille der Parteien hervor
-
- 28) Es liegt eine subjektive Neuerung der Verpflichtung gemäß Art. 1235 des Zivilgesetzbuchs vor:
- A Wenn die Parteien die ursprüngliche Verpflichtung durch eine neue Verpflichtung mit einem anderen Gegenstand oder Titel ersetzen
 - B Wenn die Parteien die ursprüngliche Verpflichtung durch eine neue Verpflichtung mit demselben Gegenstand oder Titel ersetzen
 - C Wenn ein neuer Schuldner an die Stelle des ursprünglichen Schuldners mit befreiender Wirkung, tritt
-
- 29) Gemäß Artikel 2265 des Zivilgesetzbuches ist eine Vereinbarung, durch die ein oder mehrere Gesellschafter von jeglicher Beteiligung am Gewinn oder Verlust ausgeschlossen werden, nichtig. Wie wird diese Vereinbarung genannt?
- A Zivilgesetzliche Abmachung
 - B Abmachung die von der Rechtsordnung nicht vorgesehen ist
 - C Leoninische Abmachung
-
- 30) Übernimmt ein Dritter, ohne dass der Schuldner ihn beauftragt hat, die Schuld des Schuldners gegenüber dem Gläubiger und haftet er gesamtschuldnerisch mit dem ursprünglichen Schuldner, wenn der Gläubiger nicht ausdrücklich erklärt, ihn freizustellen, liegt gemäß Art. 1272 des Zivilgesetzbuchs was vor:
- A Eine einfache Übernahme
 - B Eine einfache Delegation
 - C Schuldübernahme (durch Vertrag mit dem Gläubiger)
-
- 31) Wenn es mehrere Schuldner oder Gläubiger einer teilbaren Leistung gibt und die Verpflichtung nicht gesamtschuldnerisch ist, sieht Art. 1314 des Zivilgesetzbuchs dies vor:

- A Jeder der Gläubiger kann die Erfüllung der Forderung nur für seinen Teil verlangen, und jeder der Schuldner ist verpflichtet, die Schuld nur für seinen Teil zu begleichen
 - B Jeder der Gläubiger kann die Erfüllung der Forderung für seinen Teil verlangen, und weiters auch für jeden anderen Gläubiger
 - C Jeder der Gläubiger kann die Erfüllung der Forderung von jedem Schuldner verlangen, aber nur bei einer Vereinbarung mit allen anderen Gläubigern
-

32) **Zum Thema Schuldverhältnisse: Wenn zwei Personen einander verpflichtet sind und die beiden Schulden mit den entsprechenden Beträgen beglichen werden (Art. 1241 cc), kommt es**

- A Erlass
 - B Aufrechnung
 - C Vereinigung
-

33) **Bei einer einfachen Gesellschaft, wenn die Anteile der Gesellschafter an den Gewinnen und Verlusten nicht festgelegt sind, gemäß Artikel 2263 des Zivilgesetzbuches:**

- A Es wird davon ausgegangen, dass sie proportional zu den Einlagen sind
 - B Sie werden von einem Dritten als Schiedsrichter festgelegt.
 - C Sie werden von dem zuständigen Gericht festgelegt
-

34) **Der Ausschluss eines Gesellschafters aus einer einfachen Gesellschaft gemäß Artikel 2287 des Zivilgesetzbuches erfolgt mit Gesellschafterbeschluss:**

- A Mit der Mehrheit der Gesellschafter, wobei der auszuschließende Gesellschafter nicht mitgezählt wird, und wird dreißig Tage nach dem Datum der Mitteilung an den ausgeschlossenen Gesellschafter wirksam
 - B Mit der absoluten Mehrheit der Gesellschafter, wobei auch der auszuschließende Gesellschafter mitgezählt wird, und wird sechzig Tage nach dem Datum der Mitteilung an den ausgeschlossenen Gesellschafter wirksam
 - C Durch die Gesellschafter, die über eine Zweidrittelmehrheit des Gesellschaftskapitals verfügen, und wird sofort ab dem Datum der Annahme wirksam
-

35) **Kann der Gläubiger einer offenen Handelsgesellschaft gemäß Artikel 2304 des Zivilgesetzbuches von den einzelnen Gesellschaftern Zahlung verlangen, bevor die Betreibung des Gesellschaftsvermögens vorgenommen wurde?**

- A Ja, zu jeder Zeit
 - B Ja, aber nur, wenn sich die Gesellschaft in Liquidation befindet
 - C Nein, auch nicht, wenn sich das Unternehmen in Liquidation befindet
-

36) **Welche Form ist für die Gründung einer Aktiengesellschaft gemäß Artikel 2328 des Zivilgesetzbuchs erforderlich?**

- A Die Privaturkunde, auch wenn sie nicht beglaubigt ist
 - B Keine besondere Form, außer derjenigen, die durch die Art der übertragenen Güter erforderlich ist
 - C Die öffentliche Urkunde
-

37) **Bei der Unterzeichnung des Gesellschaftsvertrags einer Aktiengesellschaft müssen gemäß Artikel 2342 des Zivilgesetzbuchs folgende Zahlungen geleistet werden:**

- A Mindestens 25 % der Einlage in Geld bei einer Bank
 - B Der gesamte Betrag der Bareinlage bei der italienischen Zentralbank
 - C Der gesamte Betrag der Bareinlage bei einer Bank
-

38) **Ist im Artikel 2464 des Zivilgesetzbuches vorgesehen, dass bei der Unterzeichnung des Gesellschaftsvertrags einer Gesellschaft mit beschränkter Haftung die Bareinlage durch eine Versicherungspolice oder eine Bankgarantie ersetzt werden kann?**

- A Nein, die Barzahlung kann nur durch eine Bankgarantie ersetzt werden
 - B Nein, in keinem Fall; die Zahlung des Betrags in Geld ist immer erforderlich
 - C Ja, mindestens für den entsprechenden Betrag
-

39) **Gemäß Artikel 2479-bis des Zivilgesetzbuches muss die Einberufung der Gesellschafterversammlung einer Gesellschaft mit beschränkter Haftung, deren Gesellschaftsvertrag keine Bestimmungen über die Art und**

Weise der Einberufung der Versammlung enthält, durch die Gesellschaft erfolgen:

- A Einschreibebrief, der den Gesellschaftern mindestens acht Tage vor der Versammlung an ihrem im Handelsregister ersichtlichen Domizil zugestellt wird
 - B Bekanntmachung im Amtsblatt der Republik mindestens acht Tage vor dem Termin der Versammlung
 - C Einschreibebrief, der den Gesellschaftern mindestens fünf Tage vor der Einberufung laut dem, im Verzeichnis der Gesellschafter angegebenen Domizil, zugestellt wird
-

40) Einer der Grundsätze der Verwaltungsreform besagt, dass die Übertragung von Aufgaben an die höhere Verwaltungsebene nur dann erfolgen kann, wenn die untere Ebene die ihr anvertrauten Interessen nicht wahrnehmen kann. Dieser Grundsatz wird als:

- A Gewaltenteilung
 - B Dezentralisierung
 - C Subsidiarität
-

41) Unter den Modellen, die unter das Paradigma der Multi- oder Mitentscheidung fallen, ist die konzertierte Entscheidung eine Institution:

- A Der normalerweise zwischen verschiedenen Körperschaften, die alle für das Ereignis verantwortlich sind, zustande kommt
 - B Die normalerweise in Beziehungen zwischen Behörden derselben Institution zu finden ist
 - C In dem die Zustimmung durch einen Akt zum Ausdruck gebracht wird, der mit dem der handelnden Verwaltung verschmilzt, die als einzige den endgültigen Akt erlässt
-

42) Worauf bezieht sich die maßgebliche Lehre, wenn sie sie als die Situation definiert, in der sich eine Person befindet, bis der Fall abgeschlossen ist, der eine Situation des Vorteils (Recht, Macht) konstituiert?

- A Auf die abgeschwächten Rechte
 - B In Erwartung
 - C Zur Möglichkeit
-

43) Die Hierarchie drückt das Über-Unterordnungsverhältnis zwischen verschiedenen Organen aus, denen bestimmte charakteristische Befugnisse zukommen. Diese umfassen nicht:

- A Die Befugnis, über hierarchische Einsprüche gegen Handlungen des nachgeordneten Organs zu entscheiden
 - B Die Befugnis zur Koordinierung
 - C Die Befugnis, die Tätigkeit der nachgeordneten Stellen anzuordnen, zu leiten und zu beaufsichtigen
-

44) Die geltenden Rechtsvorschriften über interne Kontrollen in öffentlichen Verwaltungen sehen vor, dass die Ordnungsmäßigkeit der Verwaltung und der Rechnungsführung kontrolliert wird:

- A Nur die Rechnungsprüfungsorgane und die Rechnungsämter erbringen diese Leistungen
 - B Die Strukturen, die für die Kontrolle der Verwaltung, die Bewertung der Führungskräfte und die strategische Kontrolle zuständig sind
 - C Die Organe, die in den geltenden Vorschriften für die verschiedenen Bereiche der öffentlichen Verwaltung vorgesehen sind, insbesondere die Rechnungsprüfungsstellen, d.h. die Rechnungsprüfungsämter, sowie die Inspektionsdienste
-

45) Die Initiativphase des Verfahrens ist die treibende Phase, die nach der ausdrücklichen Bestimmung von Art. 2 des Gesetzes 241/1990 stattfinden kann:

- A Nur auf Initiative des Amtes
 - B Nur auf Antrag einer Partei
 - C Auf Antrag einer Partei oder von Amtes wegen
-

46) Wer ist gemäß Artikel 2 bis des Gesetzes 241/1990 zum Schadensersatz verpflichtet, wenn sich der Abschluss eines Verwaltungsverfahrens verzögert?

- A Nur zentrale öffentliche Verwaltungen des Staates
- B Öffentliche Verwaltungen und private Einrichtungen, die mit Verwaltungstätigkeiten betraut sind
- C Nur öffentliche Verwaltungen

-
- 47) Was sieht das Gesetz 241/1990 in Bezug auf die Mitteilung der zuständigen Organisationseinheit für das Verfahren vor?
- A Die Mitteilung ist von Amts wegen denjenigen Personen, gegenüber denen die endgültige Maßnahme unmittelbare Wirkungen entfalten soll, und denjenigen, die nach dem Gesetz verpflichtet sind, ihr mitzuwirken, sowie auf Antrag allen Personen, die ein Interesse an der Maßnahme haben, zu machen.
 - B Dass eine solche Mitteilung jedem, der dies beantragt, von Amts wegen zur Verfügung gestellt wird.
 - C Dass diese Mitteilung von Amts wegen an alle Personen erfolgt, die ein Interesse daran haben.
-
- 48) Artikel 29 des Gesetzes 241/1990 über den Anwendungsbereich desselben Gesetzes bestimmt, dass die Bestimmungen von Artikel 15 (Vereinbarungen zwischen öffentlichen Verwaltungen) gelten:
- A Nur für staatliche Verwaltungen und nationale öffentliche Einrichtungen
 - B Nur für Unternehmen mit vollständigem oder überwiegendem öffentlichen Kapital
 - C Für alle öffentlichen Verwaltungen
-
- 49) Am 31.12.2023 stellt die Gesellschaft "Mario Rossi GmbH" einen Jahresverlust von 1.000 € fest ("Verlust 2023") und beschließt, den Verlust durch die Verringerung einer oder mehrerer Kapitalrücklagen zu decken, die zuvor durch die Zurücklegung von Gewinnen gebildet wurden; daraus ergibt sich:
- A Die "Kapitalrücklage" verringert sich im Soll um 1.000 € und das Konto "Verlust 2023" verringert sich im Haben um 1.000 €, wodurch das Konto auf Null zurückgesetzt wird
 - B Die "Kapitalrücklage" erhöht sich im Haben um 1.000 € und das Konto "Verlust 2023" verringert sich im Soll um 1.000 €, wodurch das Konto auf Null gestellt wird
 - C Die "Kapitalrücklage" erhöht sich im Soll um 1.000 € und das Konto "Gewinn 2023" erhöht sich im Soll um 1.000 €, wodurch das Konto auf Null gestellt wird
-
- 50) Die Abschlussbuchungen. Der Betrag von 500 € unsicherer Einforderbarkeit muss von der Gesamtbetrag der Forderung an die "Mario Rossi AG" minder bewertet werden. Daraus ergibt sich:
- A "Abwertung Forderungen an Mario Rossi AG" in Höhe von 10.000 € an "Rückstellung für Forderungsverluste" in Höhe von 10.000 €
 - B "Abwertung Forderungen an Mario Rossi AG" in Höhe von 500 € an "Rückstellung für Forderungsverluste" in Höhe von 500 €
 - C "Forderung an Mario Rossi AG" in Höhe von 10.000 € auf "Abwertung Forderungen an Mario Rossi AG" in Höhe von 10.000 €
-
- 51) Die Gesellschaft "ALFA SRL" hat beschlossen, den Jahresverlust in Höhe von 10.000 € aus den außerordentlichen Rücklagen zu decken; welche der folgenden Buchungen ist richtig?
- A VERLUST DES GESCHÄFTSJAHRES im Soll für 10.000 € an AUSSERORDENTLICHE RÜCKLAGE im Haben für 10.000 €
 - B GEWINN UND VERLUSTRECHNUNG im Soll € 10.000 an VERLUST DESGESCHÄFTSJAHRES im Haben € 10.000
 - C AUSSERORDENTLICHE RÜCKLAGE im SOLL für € 10.000 an VERLUST DES GESCHÄFTSJAHRES im HABEN für € 10.000
-
- 52) Welche der folgenden Definitionen ist angesichts der Kriterien für den Ansatz, die Klassifizierung und die Bewertung von Einkommensteuern NICHT richtig?
- A Der Betrag der laufenden Steuern (oder der fälligen Steuern) stimmt im Allgemeinen nicht mit dem Betrag der Steuern die laut Verursacherprinzip demauf das Geschäftsjahr anfallen, überein, was auf den Unterschied zwischen zivilgesetzlichen und steuerlichen Vorschriften zurückzuführen ist
 - B die Passiva für aufgeschobene Steuerverbindlichkeiten stellen die Beträge an Einkommensteuern dar, die in künftigen Jahren aufgrund von abzugsfähigen temporären Differenzen oder steuerlichen Verlustvorträgen erstattbar werden
 - C Das zu versteuernde Einkommen ist der in Übereinstimmung mit den Steuergesetzen ermittelte Gewinn eines Geschäftsjahres, auf den die (fälligen) laufenden Steuern berechnet werden
-
- 53) Die Finanzgebarung eines jeden Unternehmens setzt eine genaue Bewertung seiner Liquidität und seines Cashflows voraus. Die Differenz zwischen der Summe der sofortigen Liquidität plus der gestundeten Liquidität minus der kurzfristigen Verbindlichkeiten stellt was dar:
- A die Treasury-Marge (margine di tesoreria)
 - B die Bargeldmarge
 - C Die Marge für Verbindlichkeiten

-
- 54) **Der Inhalt der Posten der Gewinn- und Verlustrechnung. Sie sind unter dem Posten A5) Sonstige Erträge und Einnahmen enthalten, wobei die Beiträge (Betriebskostenzuschuss) des Geschäftsjahres gesondert ausgewiesen werden:**
- A Berichtigungen der Erlöse des Geschäftsjahres
 - B Vollständig erworbene Auftrags Erlöse
 - C Wertsteigerungen nicht finanzieller Art, z. Gewinne aus der Veräußerung von materiellen Gütern des Anlagevermögens.
-
- 55) **Welche der folgenden Aussagen ist, in Anbetracht der Kriterien für den Erhebung, die Klassifizierung und die Bewertung von Rückstellungen für Risiken und Abgaben, sowie für Abfertigungen, sowie der Informationen, die im Anhang des Jahresabschlusses darzustellen sind, falsch?**
- A Rückstellungen für Risiken und Belastungen stellen Verbindlichkeiten bestimmter, gewisser oder wahrscheinlicher Art dar, deren Zeitpunkt des Eintritts oder deren Höhe unbestimmt ist
 - B Rückstellungen für Ruhestandzahlungen und ähnliche Verpflichtungen stellen Rückstellungen für zusätzliche Vorsorgeleistungen dar, die sich von der Abfertigung unterscheiden
 - C Rückstellungen stellen die Gegenbuchung in der Bilanz (Aufwand oder Verlust) dar, die sich auf die wirtschaftliche Erfassung in künftigen Jahren bezieht
-
- 56) **Der Straftatbestand der Veruntreuung durch Gebrauch ist erfüllt, wenn:**
- A Der Täter hat in der alleinigen Absicht gehandelt, die Sache kurzzeitig zu gebrauchen, und die Sache wird nach dem kurzzeitigen Gebrauch sofort zurückgegeben
 - B Der Täter hat in der alleinigen Absicht gehandelt, die Sache dauernd zu gebrauchen, und gibt sie nach dem Gebrauch zurück
 - C Der Täter hat in der alleinigen Absicht gehandelt, die Sache dauernd zu gebrauchen, und gibt sie nach dem Gebrauch nicht zurück
-
- 57) **Die Straftat nach Artikel 326 des Strafgesetzbuches (Weitergabe und Verwendung von Amtsgeheimnissen) begeht ein Amtsträger oder eine mit einer öffentlichen Dienstleistung betraute Person, die:**
- A Unmittelbar oder über einen Mittelsmann oder durch vorgetäuschte Handlungen ein privates Interesse an einem Akt der öffentlichen Verwaltung hat, in der er sein Amt ausübt
 - B Erfindungen oder wissenschaftliche Entdeckungen, die ihm aufgrund seines Amtes oder Dienstes bekannt sind und die geheim zu halten sind, zu seinem eigenen Vorteil oder zum Vorteil anderer Personen verwendet
 - C unter Verletzung der mit seinem Amt oder Dienst verbundenen Pflichten oder in sonstiger Weise seine Stellung missbrauchend, schuldhaft die Kenntnis geheimhaltungsbedürftiger dienstlicher Informationen durch unbefugte Dritte ermöglicht.
-
- 58) **Gemäß Artikel 112 des Strafgesetzbuches, der erschwerende Umstände bei der Beteiligung von Personen an der Straftat betrifft, wird das Strafmaß erhöht:**
- A Für denjenigen, der außerhalb des in Artikel 111 des Strafgesetzbuches vorgesehenen Falles eine Person unter achtzehn Jahren oder eine Person in einem Zustand des Gebrechens oder der Geistesschwäche zur Begehung der Straftat veranlasst hat.
 - B Wenn die Zahl der Personen, die an der Straftat mitgewirkt haben, drei beträgt
 - C Nur für diejenigen, die die Zusammenarbeit bei der Straftat organisiert haben
-
- 59) **Wählen Sie die passende Form für die Leerstelle: I have _____ books than my brother**
- A much
 - B many
 - C more
-
- 60) **Wählen Sie die passende Form für die Leerstelle: She _____ see me last evening.**
- A haven't
 - B didn't
 - C don't
-

61) Wählen Sie die passende Form für die Leerstelle: Is there _____ food in the world to feed everyone?

- A enough
 - B many
 - C much
-

62) Was ist ein Browser und wofür wird er verwendet?

- A Ein Browser ist eine Anwendung, mit der Sie Dokumente und Tabellenkalkulationen erstellen können. Er ist vergleichbar mit Microsoft Word oder Excel.
 - B Ein Browser ist ein Programm, mit dem Sie Dateien aus dem Internet herunterladen können. Zum Beispiel das Herunterladen von Musik oder Filmen.
 - C Ein Browser ist eine Computeranwendung, die den Abruf, die Darstellung und die Navigation von Ressourcen im Web ermöglicht. Zu diesen Ressourcen gehören Webseiten, Bilder, Videos und andere Inhalte, die durch eine URL gekennzeichnet sind.
-

63) Was ist eine Fernverbindung?

- A ist eine Art der Verbindung zwischen zwei Geräten über ein lokales Netz oder das Internet, die die Steuerung eines Geräts durch ein anderes Gerät ermöglicht. Dadurch können Sie auf den entfernten Computer zugreifen und mit ihm interagieren, als ob Sie sich physisch vor ihm befinden würden
 - B ist ein Dienst zum Hochladen und Freigeben von Dateien im Internet
 - C ist ein Dienst, mit dem Sie Ihren Computer mit einem entfernten Server verbinden können, um Daten herunterzuladen
-

64) Zertifizierte elektronische Post:

- A Hierbei handelt es sich um einen Dienst, der es ermöglicht, einer E-Mail-Nachricht den rechtlichen Wert eines Einschreibens mit Rückantwort zu verleihen.
 - B Es handelt sich um einen Nachrichtentyp, der mit Outlook durch Ankreuzen des Feldes "Zustellbestätigung" versendet werden kann.
 - C Es handelt sich um einen Dienst, der es ermöglicht, dass nur Nachrichten ohne bösartigen Inhalt empfangen werden können.
-

65) Welche der folgenden Sachgebiete fallen nicht in die primäre Gesetzgebungskompetenz der Autonomen Provinz Bozen?

- A Ordnung der Landesämter und des zugeordneten Personals
 - B Handwerk
 - C Verteidigung und Streitkräfte; Sicherheit des Staates; Waffen, Munition und Sprengstoffe
-

66) Um an Wettbewerben für Staatsämter, einschließlich der Steueragenturen, in der Provinz Bozen teilnehmen zu können, ist zusätzlich zu den von den Wettbewerbsausschreibungen der Zentralverwaltungen vorgesehenen Erfordernissen, folgender Nachweis zu erbringen:

- A Den erforderlichen Studientitel bei einer Schule oder Hochschule/Universität mit Rechtssitz in Südtirol erzielt zu haben
 - B Nachweis über die Kenntnis der italienischen und deutschen Sprache (für ladinische Bewerber auch der ladinischen Sprache), bezogen auf den erforderlichen Studientitel bzw. dessen Sprachniveau nach dem gemeinsamen europäischen Referenzrahmen für Sprachen (ehem. AStufe) und gemäß Art. 4 des DPR Nr. 752 vom 26. Juli 1976 i.g.F. ausgestellt
 - C In Gebiet der Region Trentino Südtirol ansässig zu sein
-

67) In welchem der folgenden Fälle ist ein territoriales Amt der Landesdirektion Bozen der Agentur der Einnahmen verpflichtet, die deutsche Sprache zu benutzen?

- A Bei der Verfassung eines Berechnungsbescheids einer bei ihm registrierten öffentlichen Urkunde, die der Notar in deutscher Sprache verfasst hat
- B Bei der Antwort seines Funktionärs an einem Steuerpflichtigen, der sich an ihn in englischer Sprache gewandt hat
- C Bei der Abfassung eines Feststellungsbescheids, sofern der beauftragte Beamte deutscher Muttersprache ist, unabhängig von der mutmaßlichen Sprache des kontrollierten Steuerpflichtigen

-
- 68) Im Zuge der Napoleonischen Kriege wurde Tirol an Bayern zugewiesen. 1809 bricht in Tirol eine Volkserhebung gegen die französischen und bayerischen Truppen aus, als Österreich nochmals einen Krieg gegen Napoleon zu wagen. Nach einigen Erfolgen wurde das Tiroler Aufgebot, das hauptsächlich aus Bauern bestand, in der letzten Schlacht am Berg Isel entscheidend geschlagen. Wer war der Hauptanführer des tiroler Aufstandes?
- A Michael Gaismair
 - B Andreas Hofer
 - C Josef Radetzky
-

- 69) Das erste Autonomiestatut der Region Trentino Südtirol wurde 1948 erlassen. In Anschluss an verschiedenen Protesten und Streitfällen ist dann, immer mit Verfassungsgesetz, das zweite Autonomiestatut (Sonderstatut für Trentino-Südtirol) verabschiedet worden. In welchem Jahr?
- A 1992.
 - B 1972.
 - C 1958.
-

- 70) Der Fluss, der im Gebiet der Provinz Bozen entsieht und ins Adiratische Meer mündet
- A Die Drau
 - B Der Inn
 - C Die Etsch